

dass den Bedürfnissen der Kinder mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird“. Jedoch haben Straßburg und Brüssel keine unmittelbaren Kompetenzen für die Kinderpolitik. Diese liegen nach wie vor bei den Mitgliedstaaten. Die Signale von Seiten der EU werden auf nationaler Ebene trotzdem wahrgenommen – zum Beispiel im Zusammenhang mit der Diskussion um die Aufnahme der Kinderrechte ins deutsche Grundgesetz.

Auch will die EU eine neue Jugendpolitik in Europa auf den Weg bringen. Dazu hat sie mit allen Mitgliedsstaaten einen Konsultationsprozess bis Ende 2008 durchgeführt. Momentan sichten die EU-Kommission die jeweiligen nationalen Vorschläge zur Zukunft der jugendpolitischen Zusammenarbeit. Wir dürfen gespannt sein, ob sich die neue europäische Jugendpolitik hierbei innovativ präsentiert und sich der neuen Herausforderung im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik annehmen wird. Ein wichtiges Instrument zur Beteiligung von jungen Menschen an diesen Entwicklungen ist bereits das des „strukturierten Dialogs“. Neben den „Jugendevents“, die im Rahmen der rotierenden Ratspräsidentschaften halbjährlich organisiert werden, haben Jugendliche und Jugendorganisationen die Möglichkeit sich mit ihren Wünschen, Anregungen und Kritik in diesen Umgestaltungsprozess einzubringen. Die Wirkung der Jugendevents lässt bisher noch auf sich warten. Wichtige Statements und Forderungen junger Menschen verirren sich in den Gängen der nationalen Regierungen. Hingegen hinterlassen Projekte, die auf lokaler Ebene stattfinden, bei den Teilnehmenden eine sehr viel stärkere Wirkung. Ihr Engagement für Europa steigt deutlich. Leider gibt es von diesen Projekten noch viel zu wenige, was vielleicht auf den ersten Blick an der Sperrigkeit des Themas liegt. Im Kleinen sind also bereits Erfolge des strukturierten Dialogs zu verzeichnen. In der öffentlichen Wahrnehmung machen sie sich jedoch eher bescheiden aus und die wachsende Distanz zwischen europäischen Institutionen und jungen Menschen zeigt, dass hier noch einiges getan werden muss.

Wenn wir ein – im doppelten Sinne - „junges“ Europa mitgestalten wollen, sollten wir die Mitbestimmungsmöglichkeit, die das Europäische Parlament uns bietet, nutzen - so gering sie uns auch vorkommen mag. Nur so haben wir die Chance, für eine politisch transparente Solidar- und Wertegemeinschaft einzutreten, die Kinder und Jugendliche als ernst zu nehmende GesprächspartnerInnen anerkennt und sie in ihre Entscheidungen einbezieht. Für eine Union, die ihre Grundwerte konsequent umsetzt, Minderheiten schützt, Umweltprobleme verantwortungsvoll angeht, soziale Sicherung für alle ermöglicht und nach außen nicht als Festung auftritt, sondern seine Nachbarstaaten einbindet.

Um sich miteinander verbunden zu fühlen und gleichzeitig regionale Identitäten zu wahren, brauchen Nationen und Menschen gemeinsame Erfahrungen und Kenntnisse voneinander. Internationale Jugendbegegnungen und Bildungsveranstaltungen, wie sie auch das Jugendwerk unterstützt und durchführt, sind dafür ein Schritt in die richtige Richtung. □

*Katrin Riedel
Verbandsreferentin BujW*

*Christin Voigt
LJW Thüringen & DBJR-Arbeitsgruppe
„europäische Jugendpolitik“*

Weiterführende Links:

www.europarl.de
www.jugendpolitikineuropa.de

KURZ UND KNAPP FÜR ALLE: DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

Das Europäische Parlament vertritt die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Europa. Diese wählen ihre Abgeordneten direkt für eine Amtszeit von fünf Jahren in allgemeinen, freien und geheimen Wahlen. Die letzte Europawahl hat im Juni 2004 stattgefunden.

23 Amtssprachen kennzeichnen die Arbeit des Europäischen Parlaments und die Arbeitsorte verteilen sich auf drei europäische Länder. Sitz des Parlaments ist Straßburg. In Brüssel finden insbesondere Ausschusssitzungen und Fraktionssitzungen statt. Der dritte Arbeitsort ist Luxemburg. Dort befindet sich ein Teil der Parlamentsverwaltung.

Das Europaparlament ist das größte multinationale Parlament der Welt: Seine 785 Abgeordneten aus 27 Nationen vertreten derzeit rund 490 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Wie viele Abgeordnete aus den einzelnen EU-Staaten kommen, ist vertraglich vereinbart worden. Aus Deutschland kommen insgesamt 99 Abgeordnete.

Seit der ersten Direktwahl im Jahr 1979 hat es seine Kompetenzen immer weiter ausgeweitet. Heute beschließt das Parlament zusammen mit dem Ministerrat Gesetze, die in allen Mitgliedstaaten der EU gültig sind und die unser tägliches Leben betreffen. Das Europäische Parlament setzt sich für die Wahrung der Menschen- und Grundrechte ein, für eine gerechte und nachhaltige Gestaltung der Globalisierung und für eine starke, friedenspolitische Rolle der Europäischen Union. □



Foto: Archiv BujW